

## Stellungnahme der CDU-Gemeinderatsfraktion anlässlich der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2016

Lassen Sie mich zunächst die Gelegenheit nutzen, Ihnen sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, zu Ihrer Wiederwahl am vorvergangenen Sonntag ganz herzlich zu gratulieren.

Die Heidenheimerinnen und Heidenheimer haben Ihnen das Vertrauen bereits zum dritten Mal ausgesprochen. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Allerorten ist es schon lange keine „sichere Bank“ mehr, sich als Amtsinhaber der Wiederwahl zu stellen.

Umso mehr können Sie mit dem Ergebnis zufrieden sein: Die Wählerinnen und Wähler, aber auch ein großer Teil der Daheimgebliebenen - wie ich glaube, haben damit gezeigt, dass sie zufrieden sind mit ihrer Arbeit, dass sie zufrieden sind mit der Entwicklung Heidenheims. Und auch wir im Gemeinderat - zumindest als CDU-Fraktion - wissen, was wir an Ihnen haben. Wir freuen uns und sind gespannt auf acht weitere Jahre voller neuer Visionen und konkreter Projekte für unsere Stadt.

Es zeichnet sie aus, dass Sie eben nicht nur Ideen haben, sondern diese auch in die Tat umsetzen. Sie haben Heidenheim in den vergangenen 16 Jahren geprägt wie kein Anderer. Ohne die mittlerweile fast zahllosen Projekte, die Sie angestoßen haben, wäre Heidenheim nicht die attraktive und die lebendige Stadt, die sie heute ist.

Was zu tun bleibt. Das war das Motto in ihrem Wahlkampf. Und in der Tat, es bleibt viel zu tun. Wir wünschen Ihnen dafür alles Gute, ein glückliches Händchen und stets das richtige Gespür für die Wünsche und Bedürfnisse aber auch für die Sorgen der Heidenheimer Bürgerinnen und Bürger.

Das kommende Jahr wird von einer Entwicklung geprägt sein, auf die wir seitens der Kommune keinen Einfluss haben und die wir heute noch kaum überblicken können, die uns aber treffen wird, wie keine andere politische Ebene.

Tag für Tag strömen Tausende Menschen aus dem Nahen Osten, aus Afrika und vom Balkan nach Deutschland, nach Baden-Württemberg und letztlich auch in unsere Region. Sie fliehen vor Krieg, vor Terror, vor Verfolgung aber auch aus Armut und Perspektivlosigkeit. Sie bringen ihre Kulturen, ihre Religionen, ihre Wertvorstellungen und Gewohnheiten ebenso wie ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten mit.

Viele sind in den Kommunen bereits angekommen, wesentlich mehr befinden sich derzeit in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes aus denen sie in den kommenden Wochen und Monaten auf die Kommunen verteilt werden und noch viel mehr sind noch auf dem Weg zu uns. Dies stellt uns als Stadt, und noch mehr uns alle als Gesellschaft vor eine enorme Herausforderung.

Es gäbe Vieles zu diesem Thema zu sagen - auch ganz Grundsätzliches, ich möchte mich dennoch auf einige wenige, aber zentrale Punkte beschränken, die uns auf kommunaler Ebene wirklich angehen.

Wir als Verantwortliche in der Stadt sind meines Erachtens gut beraten, wenn wir die Entwicklung besonnen beobachten, notwendige Maßnahmen ergreifen und die Integration für die Zeit, die die Flüchtlinge bei uns bleiben, so schnell wie möglich vorantreiben und selbst gestalten.

Nicht weniger wichtig ist für mich aber auch, dass wir den Heidenheimerinnen und Heidenheimern ehrlich und offen sagen, was auf sie, was auf uns alle zukommt. Im gesellschaftlichen und nachbarschaftlichen Leben, in der Arbeitswelt, in den Kindergärten und Schulen ebenso wie bei der Bindung finanzieller Möglichkeiten der Stadt. Bei vielen, bei sehr vielen Bürgerinnen und Bürger Heidenheims bestehen Ängste und Sorgen, die es ernst zu nehmen gilt. Wir müssen zuhören statt überhören. Wir müssen auf Besorgnisse und Fragen eingehen, statt sie zu tabuisieren.

Das Gebot der Stunde lautet zunächst: All diejenigen, die den Weg zu uns finden, müssen untergebracht und mit dem Nötigsten versorgt werden. Dies gilt bei der Erstaufnahme für das Land und den Kreis, bei der weiteren Unterbringung dann aber auch für uns als Kommune.

Unser Dank gilt dabei auch und gerade den Ehrenamtlichen für ihre Hilfsbereitschaft und ihr Engagement bei der Betreuung der Flüchtlinge. Ohne ihre Unterstützung wäre das bisher Geleistete nicht möglich gewesen und ohne sie sind auch die vor uns liegenden Aufgaben nicht zu stemmen.

Parallel gilt es eine zweite Aufgabe anzugehen, die uns wesentlich länger und noch tiefer gehend beschäftigen wird: Ab dem Moment, in dem die Flüchtlinge bei uns ankommen, gilt es sie zu integrieren. Zu integrieren in unsere Werteordnung, unser Rechtssystem, in unsere Gesellschaft und unsere Arbeitswelt. Auch hier sind Vereine und Ehrenamtliche bereits vielfältig aktiv. Dies gilt es seitens der Stadtverwaltung nach Kräften zu unterstützen und zu koordinieren. Das wird aber nicht ausreichen. Der Staat ist ebenso wie die Kommunen gefragt, zusätzliche und verbindliche Angebote zu schaffen. Auch die Unternehmen sind gefordert, die Integration zu unterstützen - mit Angeboten bei Aus- und Weiterbildung ebenso wie durch Beschäftigungsmöglichkeiten.

Von den Flüchtlingen erwarten wir die Bereitschaft, unsere Werteordnung und unser Rechtssystem zu akzeptieren und sich dafür einzusetzen. Integration kann aber auch dann nur gelingen, wenn wir auch auf die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Sorgen und Befürchtungen Rücksicht nehmen. Wir müssen auf sie eingehen und sie mitnehmen. Nur dann haben wir überhaupt die Chance, diese Herausforderung positiv zu gestalten. Alles andere würde Vertrauen kosten. Und das können wir uns keinesfalls leisten.

Vor diesem Hintergrund müssen wir auch den in diesen Wochen zu beschließenden Haushalt unserer Stadt betrachten. Wir wissen heute noch nicht, welche zusätzlichen Ausgaben in den kommenden Jahren auf uns zukommen und in welchem Umfang sie uns von Land und Bund ersetzt werden.

Noch aber ergibt sich bezüglich der Finanzsituation ein ähnliches Bild wie im vergangenen Jahr: Der Haushalt steht auf solidem Fundament. Der Blick in die mittelfristige Finanzplanung zeigt aber, dass die Spielräume von Jahr zu Jahr kleiner werden und wir nach Verbrauch der Rücklage Schwierigkeiten haben werden, neue Projekte und Vorhaben nachhaltig zu finanzieren. Die Zahlen der Steuerschätzung folgen nicht mehr der Dynamik vergangener Jahre. Und auch die Prognosen für die Gewerbesteuer lassen keine neuen Spielräume erkennen. Zumindest mittelfristig besteht also Handlungsbedarf.

Schon heute können wir uns für eine Verbesserung der Lage einsetzen, indem wir das Begehren des Kreises nach einer Erhöhung der Kreisumlage zurückweisen. Auch ohne Erhöhung erhält der Kreis bereits erhebliche Mehrbeträge durch die verbesserte Steuerkraft. Eine satte Erhöhung um 1,25 Prozentpunkte, wie sie der Kreis vorsieht, belastet die Kommunen - und dabei insbesondere unsere Stadt - über Gebühr. Dies gilt umso mehr, als zahlreiche Angebote Heidenheims zu großen Teilen von der Kreisbevölkerung mitgenutzt werden. Geht man wie unser Haushaltsentwurf von einer immer noch erheblichen Erhöhung um 0,75 Prozentpunkte aus, bedeutet schon dies dauerhaft rund 5,5 Mio. Euro, die wir zusätzlich an den Kreis überweisen. In der Summe dann fast 24 Mio. Euro. Angesichts der eigenen Finanzlage ist das nicht darstellbar. Der Kreis sollte vielmehr auch in seinen Pflichtaufgaben nach Einsparpotentialen suchen und seine Hausaufgaben machen, bevor er an der Umlageschraube dreht und sich damit letzten Endes bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bedient.

Aber auch uns selbst gegenüber sollten wir kritischer sein: Bei Investitionen sollten wir künftig hinterfragen, ob es wirklich nötig ist - dem Grunde nach wünschenswerte aber oftmals teure - Optimallösungen anzustreben oder ob wir manchmal auch mit etwas weniger zufrieden sein können. Kleckern statt Klotzen sozusagen. Dies gilt für die Stadtverwaltung ebenso wie für den Gemeinderat. Ein gutes Beispiel sind hier die Planungen für die Friedrich-Voith-Schule und den Umbau des nördlichen WCM-Areals. Nicht zuletzt aufgrund der bevorstehenden Landtagswahl und der Unklarheit, welche schulpolitischen Leitlinien danach gelten, wäre es gut, unumkehrbare Entscheidungen bis dahin zu vertagen.

Es gäbe vieles zu den weiteren Zahlen, Projekten und Schwerpunkten des kommenden Jahres zu sagen. Wir unterstützen die zentralen Weichenstellungen des Haushalts und die darin enthaltenen

Maßnahmen. Lassen Sie mich aber zu drei Themenbereichen noch etwas ausführlicher Stellung beziehen.

Bezüglich der Innenstadt sollten wir bei den Planungen für die Haupt- und Grabenstraße, den Rathausplatz und die neue Achse zum Ploucquet-Areal versuchen, ein möglichst einheitliches Konzept zu finden, das neben dem Handel auch andere Nutzungen unterstützt und fördert. Dabei sollte man auch potentielle Interessenten frühzeitig einbinden. Wie wir bei der Klausurtagung - unseres Erachtens zutreffend - gehört haben, sollten wir darüber hinaus auch auf eine gute Erreichbarkeit mit dem Auto Wert legen.

Bezüglich unserer Infrastruktur können wir einerseits nur noch einmal dafür werben, die Kräfte für einen Innenstadttunnel endlich zu vereinen. Dies gilt sowohl für den Gemeinderat als auch für unsere Abgeordneten im Land und Bund. Bei der Überarbeitung der Busverbindungen sollte die Bevölkerung eng eingebunden und die Anbindung der Teilorte verbessert werden. In Oggenhausen sollte es dabei mit einer neuen Bushaltestelle auch endlich zu einer Anbindung des Stauferfelds kommen. Ebenfalls in Oggenhausen würde nach unserer Auffassung eine vollständige Befestigung des Sporthallenparkplatzes Sinn machen. Im Bereich der Radwege sollte der Radverkehrsentwicklungsplan konsequent umgesetzt werden. Dazu gehört auch ein Radweg nach Großkuchen. Um die Digitalisierung von Gesellschaft und Wirtschaft weiter zu unterstützen, sollte der Aufbau eines Glasfasernetzes angestoßen werden. Dies ist der nächste logische Schritt, nach dem Vectoring-Ausbau der Telekom als Zwischenlösung.

Bezüglich der Sanierungsgebiete - und damit komme ich dann zum Schluss - sollten wir uns um eine Erhöhung der Mittel bemühen. Schon heute ist absehbar, dass die zugesagten Fördergelder nicht ausreichen werden, um alle möglichen Maßnahmen auch umsetzen zu können.

Angesichts der Herausforderungen, denen wir insbesondere auch die Stadtverwaltung im kommenden Jahr ausgesetzt sehen, beschränken wir uns im Rahmen der Haushaltsberatungen auf einen konkreten Antrag: „Wir beantragen, im Jubiläumsjahr 2016 des Brenzparks - soweit möglich - auf die Erhebung eines Eintritts zu verzichten. Die Gewinnerzielungsabsicht gegenüber der Finanzverwaltung soll durch anderweitige Maßnahmen, wie etwas Verpachtung und Vermietung nachgewiesen werden.“